

4. Dezember 2019

Interpellation

von SVP-Fraktion

Am 27. November 2019 wurden in der Stadt Zürich im Kreis 5 zwei bürgerliche Politiker tödlich angegriffen. Namentlich wurden Nationalrat Roger Köppel und alt Nationalrat Christoph Mörgeli von Tätern aus dem linken Lager aufgrund ihrer blossen Anwesenheit in der Buchhandlung/Bar 'sphères' angegangen. Die Täterinnen und Täter haben im Anschluss an ihre Tat ihr schändliches Tun in Form von Videoaufnahmen unter anderem in den sozialen Medien veröffentlicht und sich damit gebrüstet.

Während der Stadtrat der Stadt Zürich die nicht zu seiner linken Ideologie passenden Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft in Zürich gängelt und diese teilweise aktiv vertreiben will, scheinen linke Chaotinnen und Chaoten keine Repressalien befürchten zu müssen. Diese können frei Gewalt gegen Andersdenkende ausüben, fremdes Eigentum zerstören oder in Besitz nehmen, ohne je mit einschneidenden Konsequenzen rechnen zu müssen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Während sich unter anderem die SP Stadt Zürich von der Gewaltaktion im Sphères klar distanziert, schweigt der Stadtrat nur. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesen Attacken?
2. Weshalb hat der Stadtrat trotz grossem Medienecho nicht öffentlich Stellung zu dieser politisch motivierten Straftat bezogen?
3. Wie stellt sich der Stadtrat zu dem Vorwurf, dass diese Klientel des grossmehrheitlichen Stadtrats immer gewalttätiger wird? Dies auch vor dem Hintergrund, Andersdenkende zu vertreiben oder zum Schweigen zu bringen?
4. Ein Angestellter aus dem GUD hat seine Genugtuung über diesen Vorfall öffentlich und schriftlich in den sozialen Medien kundgetan. Wie ist die Haltung des Stadtrates zu solchen Aussagen?
5. Wie wird mit solchen Angestellten verfahren? Sind im konkreten Fall personelle Konsequenzen gezogen worden oder werden dies noch? Falls nein, weshalb nicht?
6. Ist der Stadtrat bereit, der politischen Gewalt, ungeachtet von welcher Seite diese verübt wird, entschieden entgegen zu treten? Welche Schritte hält der Stadtrat für angemessen, dass solche Situationen in Zukunft nicht erneut auftreten?
7. Wie stellt der Stadtrat künftig sicher, dass in der Stadt Zürich die Sicherheit für sämtliche Meinungen, insbesondere politischen Meinungen, gewährleistet werden kann?
8. Wie gedenkt der Stadtrat dafür zu sorgen, dass wieder für die gesamte Bevölkerung der verfassungsmässige garantierte Schutz sichergestellt werden kann?



Antrag auf gemeinsame Behandlung mit GR Nr. 2019/512